
FDP Offenbach

FDP-SCHNEIDER: LIBERALE STRIKT GEGEN AUSLÄNDER-QUOTE IN STADTVERWALTUNG

17.12.2009

Schneider: "Interkulturelle Kompetenz" aber für einige Stellen interessantes Einstellungskriterium

Das von den Grünen verfolgte Ziel einer "Quotenregelung für städtische Mitarbeiter mit Migrationshintergrund", das sie in ihrem Arbeitskreis Soziales am heutigen Dienstag diskutieren wollen, geht nach Auffassung der FDP-Fraktion in eine "völlig falsche Richtung". Maßstab für die Auswahl städtischer Bediensteter müsse auch künftig die "persönliche und fachliche Eignung der Bewerber" sein, so der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Rechtsanwalt Georg Schneider. Seiner Auffassung nach könnten Quoten für Nichtdeutsche zudem gegen das Grundgesetz verstoßen (Art 3 und 32 II Grundgesetz). Eine solche Quotenregelung werde es in Offenbach aufgrund dieser fachlichen und verfassungsrechtlichen Bedenken mit der FDP nicht geben, so Georg Schneider.

Allerdings könne in einer Stadt mit einem so hohen Ausländeranteil "interkulturelle Kompetenz" für die eine oder andere Stelle in der Stadtverwaltung sehr wohl ein "interessantes Einstellungskriterium" sein. Denn Bewerber mit Migrationshintergrund verfügten selbstredend über besondere Qualitätsmerkmale etwa im Umgang mit Migranten, erläuterte Schneider. Daher begrüße die FDP auch den Auftrag der Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat, die "interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften als eine gesamtstädtische Querschnittsaufgabe für Verwaltung und Stadtkonzern anzusehen" und dies bei Einstellungen zu berücksichtigen.

Bewerber mit Migrationshintergrund seien außerdem gut beraten, sich über die vom Magistrat bereit zu stellenden Unterstützungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu

informieren, die das Parlament eingefordert hat.